

# Der Sinn dezentraler Stromerzeugung

## Wirtschaftsministerium will die Förderung privater Solaranlagen einstellen. Das ist im Interesse der großen Energiekonzerne

Von Klaus Kohrs

Deutschland ist abhängig von Öl- und Gasimporten. Das zeigt nicht erst der Krieg am Persischen Golf. Kaum wurden einige große Förderländer bzw. Transportwege ausgeschaltet, gehen die Energiepreise durch die Decke. Auch wenn ein Mangel noch nicht eingetreten ist. Der Umstieg auf hierzulande erzeugte erneuerbare Energien wäre ein Ausweg. Das SPD-geführte Bundesumweltministerium will den Anteil dieser Energiequellen erklärtermaßen erhöhen, zumindest den der Windkraft. Zugleich sieht der Entwurf des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) aus dem Bundeswirtschaftsministerium, der sich derzeit in der Abstimmung mit Kanzleramt und Finanzministerium befindet, das Gegenteil vor. So soll die Förderung von privaten Solaranlagen wegfallen, etwa die garantierte Einspeisevergütung.

Der Einwand aus dem Wirtschaftsministerium: Es habe wenig Sinn, große Erzeugungskapazitäten für grünen Strom zu errichten, wenn die Stromproduktion danach abgeregelt werden müsse, weil die Netze den Strom nicht aufnehmen könnten. Außerdem sei die Energiewende zu teuer. Während ersterem mit dem Netzausbau und dessen Ertüchtigung begegnet werden könnte, scheint sich das Kostenargument derzeit selbst zu entkräften. Denn alle fossilen Lösungen werden schon mittelfristig viel teurer.

Tatsächlich sind große Freiflächenanlagen für Photovoltaik (PV) wegen der Skaleneffekte, der einfacheren Aufstellung und des billigeren Anschlusses ans Netz erst einmal billiger. Aber die Netze müssen ausgebaut werden, unabhängig, ob der Strom in großen oder kleinen Anlagen erzeugt wird. Denn wer mit Wärmepumpen heizen und E-Autos fahren will, braucht vor Ort ein Netz, das diese Strommengen verkraften kann.

Photovoltaik-Dachanlagen haben den Vorteil, dass sie den Strom direkt ins örtliche Niederspannungsnetz einspeisen. Die Niederspannungsnetze wurden in der Vergangenheit überlastet, wenn alle PV-Anlagen gleichzeitig volle Leistung lieferten. Inzwischen werden aber Hybridwechselrichter mit Speicher verbaut, die sich so programmieren und steuern lassen, dass in Situationen mit dem überschüssigen Strom der angeschlossene Speicher geladen und gleichzeitig das Netz entlastet wird. Dieser Strom kann dann später verbraucht oder ins Netz eingespeist werden.

Hinzu kommt, dezentrale Speicher vor Ort können auch die vorhandenen Leitungen und Trafos besser auslasten, da sie auf Spitzenlast ausgelegt sind, den größten Teil des Tages aber nur im mittleren und unteren Teillastbereich betrieben werden. Wenn durch Zwischenspeicherung des Stroms vor Ort der Stromtransport in diese Teillastzeiten verschoben wird, kann mehr Strom durch die vorhandenen Leitungen transportiert und dadurch in vielen Fällen der Bau neuer Leitungen, Trafos und Umspannwerke eingespart werden.

Auch der Stromausfall in Berlin im Januar hat gezeigt, wie schnell die Stromversorgung durch Sabotageanschläge ausgeschaltet ist. Mit PV-Dachanlagen könnte der Schaden zumindest beherrschbar bleiben. Denn eine Anlage mit Hybridwechselrichter und Speicher kann für einen Inselbetrieb des Hausnetzes ausgelegt werden, wenn das Netz ausfällt. Langfristig könnte sich die Aufrüstung der Häuser mit PV-Dachanlagen, Speicher und einer intelligenten Netzsteuerung lohnen.

Bezahlt werden muss das alles trotzdem. Die Regierung hat sich auf Druck der SPD in den Eckpunkten zum geplanten Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG) auf eine Beibehaltung der Wärmepumpenförderung von mindestens 50 Prozent geeinigt. Fraglich ist aber, wer sich in der jetzigen Situation für eine Heizung mit fossilen Brennstoffen entscheidet.

Eine 10-Kilowattpeak-Dachanlage (Kwp ist eine Bezeichnung für die abgegebene Spitzenleistung einer Solaranlage) mit Hybridwechselrichter und Speicher kostet derzeit mindestens 12.000 Euro. Bisher konnte die Anschaffung über zinsgünstige Kredite der KfW-Bank gefördert werden. Mit den Einnahmen für den eingespeisten Strom bzw. vermiedenen Stromkosten konnte der Kredit getilgt werden. Dafür müsste die Vorrangspeisung und Einspeisevergütung für grünen Strom aber erhalten bleiben. Die örtlichen Netzbetreiber sollten steuern dürfen, wann die Speicher geladen werden, um so eine Überlastung der Netze zu vermeiden. Wenn der Strom für 10 ct/kWh eingespeist wird, sollte sich ein Strompreis von 20 bis 25 ct/kWh für alle Stromkunden dauerhaft garantieren lassen.

Dass solche privaten und dezentralen Energieanlagen nicht im Interesse der großen Energieversorgungsunternehmen sind, ist naheliegend. Denn sie verdienen an den selbst erzeugten Kilowattstunden nicht. Dazu passt, dass Katherina Reiche Anfang März angekündigt hat, die Gasförderung in Deutschland ankurbeln zu wollen. Der große Fehler der Grünen war, bei der Energiewende immer nur den Klimaschutz zu betonen und nicht auf die Versorgungssicherheit durch Selbstversorgung hinzuweisen.

*<https://www.jungewelt.de/artikel/519923.energieversorgung-der-sinn-dezentraler-stromerzeugung.html>*